

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales
des Gemeinderats
vom 30. November 2021

öffentlich

§ 368

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2022
sowie strukturelle Haushaltskonsolidierung
für den Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in § 375 der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 1. Dezember 2021 aufgeführt.

Erster Bürgermeister Bendel verdeutlicht mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Grundlagen des Haushaltsplanentwurfs sowie die Änderungen im Vergleich zur Einbringung des Haushalts (Anlage zu dieser Niederschrift).

1. Teilergebnishaushalt

Stadtrat Ansbacher (SPD) gibt bekannt, dass sich die SPD-Fraktion, aufgrund der positiven Finanzlage der Stadt, gegen das **Konsolidierungsprogramm** ausspreche. Die Argumentation einer strukturellen Schieflage könne ohne die Pandemielage so gesehen werden, aber seine Fraktion habe generell Probleme, in diesem sensiblen Bereich Einsparungen vorzunehmen und besonders in dieser Zeit. Zudem sei bereits mehr Geld als ursprünglich vorgesehen eingespart worden.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, unterrichtet, dass im kommenden Jahr im Fachbereich Bildung und Soziales zehn Millionen Euro mehr ausgegeben würden, welches zeige, dass es um strukturelle Konsolidierung, nicht um Einsparungen gehe.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) verweist auf das gestiegene Fachbereichsbudget, besonders für die notwendigen und sinnvollen Schulen und Kindertagesstätten.

Gute frühe Bildung schaffe die Chance und Grundvoraussetzung für einen gelingenden Lebensweg von allen Kindern und die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** liege nicht nur im Interesse der Familien sondern auch der Wirtschaft und somit der gesamten Gesellschaft.

Das **Bundesteilhabegesetz (BTHG)** sichere den Menschen mit Behinderungen ein weitaus größeres Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung als in der Vergangenheit. Dies bedeute jedoch zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 6 Millionen Euro.

Um auch den künftigen Stadträtinnen und Stadträten Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum zu erhalten und nicht durch einen riesigen Schuldenberg einzuengen, sei die Entscheidung für die **Konsolidierung** gefallen. Jedoch habe niemand die Entscheidung leicht gefällt und es werde vorgeschlagen, besonders strittige Positionen noch einmal zu überdenken. Dazu zähle das Verschieben des **Nutzungsentgelts für Sporthallen** um ein Jahr, besonders für kleinere Vereine.

Daneben könne eine **Konsolidierung im Kitabereich** höchstens die Randzeiten betreffen, für die ohnehin kaum Personal gefunden werde.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) bezeichne die **Konsolidierung** grundsätzlich als notwendig und überfällig. Aus Effizienzgründen halte er eine strukturelle Konsolidierung ebenfalls für erforderlich. Er begrüße, dass **präventive Jugendhilfeangebote** nicht betroffen seien. Das wichtige **Fachkräfteteam zur Bekämpfung der Coronafolgen** zeige, das nicht nur gespart werde.

Der **Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung zu den Kindertageseinrichtungen**, den er zu jener Zeit auch mitgetragen habe, werde seiner Meinung nach jedoch nicht zur Betriebskostensenkung führen. Da mit den freien und kirchlichen Trägern immer sehr kooperativ zusammengearbeitet worden sei, schlage er vor, einen Weg der Kooperation zu gehen. Dem **Kompromissvorschlag** könne er zustimmen, obwohl dieser dem Grundsatz von Vereinbarkeit von Familie und Beruf widerspreche. Allerdings müsse auch das fehlende Personal bedacht werden, welches bei den Hauptbetreuungszeiten mehr Bedeutung als bei den Randbetreuungszeiten habe.

Er plädiere dafür, zunächst noch einmal Gespräche zu führen und die Entscheidung zu verschieben. Die wichtige Ausbauoffensive 4 erfordere die Unterstützung der freien und kirchlichen Träger.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) gibt bekannt, dass ihre Fraktion zur **Konsolidierung** stehe. Die Verschuldung enge nicht nur die künftigen Stadträtinnen und Stadträte, sondern auch die Folgegenerationen ein. Deshalb müsse das Ziel sein, nicht nur den Schuldenanstieg zu verlangsamen, sondern die Schulden zurückzuführen.

Das Fachbereichsbudget beinhalte keine unnützen Dinge, sondern es werde auf Bedarfe der Stadtgesellschaft reagiert. Die Stadt fördere die **Bildung von Alt und Jung** durch

hochwertige Angebote. Daneben würden **benachteiligte Familien und Geflüchtete** unterstützt.

Allerdings schlage gegenwärtig die **Pandemie** vehement zu und daneben steige die

Inflation immer mehr. Dadurch werde der Sozialbereich in Zukunft vermutlich noch mehr gefordert sein und es müssten zusätzliche Gelder in die Hand genommen werden. Aus diesen Gründen sollten manche Konsolidierungsvorhaben erst später umgesetzt werden.

Lediglich auf die **Nutzungsentgelte für Sporthallen** solle komplett verzichtet werden, um die Leistungsfähigkeit der Sportvereine zu erhalten, die Enormes nicht nur für Kinder und Jugendliche sondern auch für ältere Menschen leisteten.

Ihre Fraktion sehe ebenfalls in dem **Alternativvorschlag der freien und kirchlichen Träger** einen gangbaren Weg, allerdings werde eine längere Vorlaufzeit befürwortet.

Stadtrat Eichhorn (FWG) betont, dass weder ein Spar- noch ein Konsolidierungshaushalt vorliege. 2022 stünden 12 Millionen Euro mehr als 2021 zur Verfügung. Zur Verständigung über die Konsolidierungsmaßnahmen seien zwei Tage lang Diskussionen geführt worden.

Statt des Antrags der SPD-Fraktion auf komplette Streichung der **Nutzungsentgelte für Sporthallen**, würde er es begrüßen, die Vereinszuschüsse für Kinder und Jugendliche um fünf Euro zu erhöhen, womit die Vereine problemlos die Miete zahlen könnten. In der Sitzung des Stadtverbands für Sport habe sich keine Vertretung eines Vereins gegen dieses geplante Nutzungsentgelt ausgesprochen. Er schlägt vor, diesen Vorschlag zunächst zu verschieben und nicht zu streichen.

Seine Fraktion werde den vorgeschlagenen Maßnahmen generell zustimmen, könne sich aber auch vorstellen, weitere Maßnahmen erst später umzusetzen. Allerdings dürfe dies nicht über 2023 oder 2024 hinaus erfolgen.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, die Vorschläge seien nicht von der Verwaltung auf den Tisch gelegt worden und gerade der Fachbereich Bildung und Soziales müsste ein Interesse daran haben, dass die Stadt auf soliden Pfaden bleibe.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) bestätigt, dass Veränderungen in der Struktur erforderlich seien, wenn Maßnahmen nicht den erhofften Nutzen bringen würden. Sie begrüße, dass die wichtige **Frühbetreuung an den Schulen** um ein Jahr verschoben werden solle und darüber nochmals gesprochen werde. Die Betreuung in den Randzeiten betreffe zwar wenige Kinder, aber diese benötigten **Tagespflegepersonen**, denen keine Gelder gestrichen werden dürften. Ihrer Meinung nach müsste auch die Streichung der **Zuschüsse für die freien Schulen** überdacht werden, da sie Teil der Stadtgesellschaft seien.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) hebt die Bedeutung des Sozialen für die Nachhaltigkeit der Stadtgesellschaft hervor. Er stimme möglichen strukturellen Veränderungen zu. Gerade bei den **Abteilungen Städtische Kindertageseinrichtungen und Kinderbetreuung Ulm** sei bereits damit begonnen worden und werde zu Einsparungen führen. Er unterstreicht, dass der soziale Wohlfahrtsstaat erhalten bleiben müsse.

Ein nicht realisierter Konsolidierungsbeitrag des Sozialbereichs würde die Stadt nicht wirklich schmerzen. Angesichts der vielen Einsparungen im Sozialbereich sowie dessen Bedeutung und den schwerwiegenden Folgen, spreche er sich für eine Verschiebung um ein Jahr aus und übermittelt, dass er die **Verschuldung** als nicht schlimm ansehe.

Oberbürgermeister Czisch verweist auf die 175 Millionen Euro Fachbereichsbudget und falls die strukturellen Maßnahmen nicht umgesetzt würden, müssten die anderen Fachbereiche diese Einsparungen erbringen. Ansonsten sei es erforderlich, um diesen Betrag weitere Schulden aufzunehmen. Wenn die Stadt ihre Aufgaben, besonders im Sozialbereich, auch in zehn Jahren noch erbringen sollte, müsse darauf geachtet werden, dass die Schuldenlast nicht zu hoch werde. Keiner wisse, wie lange die Zinsen noch so niedrig blieben und in jedem Fall müssten die Schulden und die Zinsen zurückbezahlt werden.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) sieht die **Pandemie** als Ausnahmesituation an.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass alle Bereiche der Stadtverwaltung das Möglichste getan hätten, die Folgen der Pandemie abzumildern und entscheidend für die Nachhaltigkeit sei, weiterhin finanziell leistungsfähig zu bleiben.

Stadtrat Wischmann (FDP) spricht von einer Sportgruppe, die bereits beim Aufwärmen wegen Seitenstechens zusammenbreche. Die Ausgaben stiegen immer weiter und die Einnahmen erhöhten sich nicht entsprechend. Deshalb stünden die großen Probleme noch bevor und er wundere sich, dass das gemeinsam beschlossene Paket wieder aufgeschnürt und einzelne Maßnahmen herausgenommen oder verschoben werden sollten. Möglicherweise müssten auch die Steuerschätzungen nach unten korrigiert werden. Den **strukturellen Problemen** dürfe nicht aus dem Weg gegangen werden und es müsse mit diesen kleinen Maßnahmen begonnen werden, wenn der Sozialstaat erhalten bleiben sollte.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) sichert zu, dass grundsätzlich alle verstanden hätten, dass die Konsolidierung erforderlich sei. Allerdings habe es im Nachgang der Klausur noch Informationen der Betroffenen, wie z.B. dem **Tagesmütterverein Ulm e.V.** gegeben. Diese leisteten wertvolle Arbeit, in dem sie bspw. auch Betreuung in den Randzeiten anbieten würden. Sie sehe ein Problem, wenn diesen Personen 50 Cent pro Kind und Stunde abgezogen würden und spreche sich eher dafür aus, dass die Eltern mehr zahlen sollten. Sie bittet darum, diese Maßnahme zu streichen oder zumindest zu verschieben.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) informiert über 126 bis 252 Euro Einbußen für die Männer und Frauen im Monat. Wenn zwei oder drei Kinder im Monat betreut würden, könne dem so zugestimmt werden. Wenn sich eine Tagespflegeperson jedoch nur um ein Kind kümmere, bekomme sie lediglich 8,50 Euro in der Stunde und dafür sollte von der Verwaltung eine andere Lösung gefunden werden.

Sie bestätigt, von der Sitzung des **Stadtverbands für Sport**, dass von den Vereinen keine Klagen gekommen seien und schlägt vor, möglicherweise zwischen den Vereinen zu unterscheiden.

Bürgermeisterin Mann sieht die **Tagespflegepersonen** als einen wichtigen Beitrag für die Kinderbetreuung in Ulm. Bei notwendigen Einsparungen spreche sie sich dafür aus, die beteiligten Akteure miteinzubeziehen. Dies seien die städtischen und die freien Träger, die Eltern und die Tagespflegepersonen. Auf der Klausur hätten sich die Stadträtinnen und Stadträte gegen den Vorschlag der Verwaltung einer Reduzierung um einen Euro pro Kind und Stunde und stattdessen lediglich für eine Kürzung um 50 Cent ausgesprochen und nun wundere sie sich über diesen Rückzug.

Bei diesem Thema habe sie das Gefühl, dass der Fluch der guten Tat das Geschehen bestimme. Selbst wenn die Reduzierung um 50 Cent erfolge, liege Ulm bei der U1-Betreuung immer noch vier Euro über der Empfehlung des Landes sowie bei der U3- und Ü3-Betreuung jeweils zwei Euro darüber.

Wenn einer Betreuungsperson für die Betreuung eines Kindes pro Stunde der Mindestlohn bezahlt würde, müsse gefragt werden, ob es noch einen Anreiz gebe, weitere Kinder aufzunehmen. Sie teilt mit, dass die Gebühren der Tagespflegepersonen nicht frei festgeschrieben werden könnten, da sie Teil des einheitlichen Gebührensystems der gesamten Stadt seien.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** bezeichnet sie als ein hohes Gut, für das Kitas mit langen Betreuungszeiten eingerichtet würden. Trotzdem halte sie den **Vorschlag der freien und kirchlichen Träger** für gut ausgearbeitet und nachvollziehbar, auch im Hinblick auf die Personalressourcen. Diesen Vorschlag könne sie ebenfalls befürworten.

Sie übermittelt, dass der Umfang der **Sportförderung in Ulm** im landesweiten Vergleich an der Spitze stehe. Die Bedeutung der Vereine sei unstrittig, jedoch werde eine effizientere Steuerung der Hallenbelegung angestrebt.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) erkundigt sich, weshalb in der Neufassung der GD 904/21, das **Projekt Interventionsteam** mit -278.000 Euro aufgeführt sei.

Dazu teilt Herr Krämer, der Leiter der Abteilung Soziales, mit, dass beim Förderprogramm "Rückenwind" leider immer noch nicht feststehe, ob auch die Neuschaffung der Stellen gefördert werde. Es werde weiter versucht, dem Land zu erklären, dass die Stadt über die Umsetzung selbst bestimmen wolle.

Bürgermeisterin Mann beruhigt Stadtrat Dr. Süslü, dass das in der vergangenen Ausschusssitzung beschlossene Programm, in jedem Fall umgesetzt werde und vorsorglich der Beschluss gefasst worden sei, dies ggf. aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Es werde jedoch alles unternommen, um möglichst viel finanzielle Unterstützung dafür zu erhalten. Sie kündigt an, dass das Personal bereits rekrutiert worden sei und spätestens am 1. Januar 2022 starten könne.

Oberbürgermeister Czisch geht auf den weitestgehenden Antrag von Stadtrat Dr. Süslü ein, der bedeute, dass wenn alle **Konsolidierungsmaßnahmen** um ein Jahr verschoben würden, bei den anderen Fachbereichen eingespart oder zusätzliche Schulden gemacht werden müssten.

Stadtrat Ansbacher (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion der Konsolidierung grundsätzlich nicht im Wege stehe, jedoch auch kein Problem mit höheren Schulden habe. Ihrer Meinung nach seien Einsparungen im Fachbereich Bildung und Soziales in diesem Jahr falsch und es sollte im kommenden Jahr nochmals darüber geredet werden.

Stadtrat Wischmann (FDP) warnt davor, dass wenn die Konsolidierungsmaßnahmen aller Fachbereiche um ein Jahr verschoben würden, 2,8 Millionen Euro mehr Schulden gemacht werden müssten.

Erster Bürgermeister Bendel lässt zu einer möglichen Umsetzung dieses Antrags wissen, dass als Konsolidierungsbetrag für den Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales im Jahr 2022 1,3 Millionen Euro vorgesehen seien, welche den Zuschussbedarf um diese Summe reduzierten. Wenn dies nicht umgesetzt würde, verschlechtere sich das Ergebnis von -7,5 Millionen auf -8,8 Millionen Euro und statt einer Verschuldung von 110 Millionen Euro müsse von 111 oder 112 Millionen Euro zum Jahresende ausgegangen werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die **Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales um ein Jahr zu verschieben**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion sowie der CDU/UfA-Fraktion auf die **Beteiligung der Sportvereine an den Nutzungsentgelten für die Sporthallen zu verzichten**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 4 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Der Antrag der FWG-Fraktion, der **Verschiebung dieser Konsolidierungsmaßnahme ins Haushaltsjahr 2023 und Prüfung von ggfs. anderen Konsolidierungsvorschlägen als Kompensation**, wird mit Stimmenmehrheit (bei 10 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

angenommen.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) übermittelt ihre Bitte, die **Nutzungsgebühren für vereinseigene Anlagen** zu überprüfen.

Herr Semler, der Leiter der Abteilung Bildung und Sport, informiert über 47 städtische Sporthallen und drei Vereine mit eigenen Sportstätten. Zur städtischen Nutzung dieser Sporthallen gebe es eine Nutzungsvereinbarung, da die Stadt großes Interesse daran habe, dass Schulen und Kitas diese Sportstätten nutzen könnten.

Der **Alternativvorschlag der kirchlichen und freien Träger zu Vorschlag Nr. 8 ab dem Wirtschaftsjahr 2023 und der Entfall der bisherigen Konsolidierungsmaßnahme Nummer 8** werden einstimmig

beschlossen.

Stadträtin Mies (GRÜNE) möchte wissen, ob sich alle freien und kirchlichen Träger an dem Alternativvorschlag beteiligt hätten.

Herr Reck, der stellvertretende Leiter der Abteilung Kinderbetreuung Ulm, teilt mit, dass in der Steuerungsgruppe dieser Vorschlag diskutiert worden sei und zwischenzeitlich alle freien und kirchlichen Träger diesen Vorschlag mittragen würden.

Stadtrat Wischmann (FDP) erkundigt sich nach der Stellungnahme des Gesamtelternbeirats (GEB).

Bürgermeisterin Mann sichert zu, dessen Stellungnahme weiterzuleiten. Der GEB habe sich dahingehend positioniert, Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung grundsätzlich nicht für sinnvoll und zielführend zu halten, aber wenn gekürzt werden müsse, seien sie dafür, die Randzeitenbetreuung entsprechend zu kappen.

Sie regt an, in der Kita-Steuerungsgruppe die Zielgröße von 250.000 Euro zur Diskussion zu stellen.

Oberbürgermeister Czisch möchte wissen, ob zu der **Kindertagespflege** ein Antrag gestellt werde.

Stadträtin Mies (GRÜNE) teilt mit, dass vom Tagesmütterverein Ulm e.V. der Hinweis gekommen sei, dass die Tagespflegepersonen teilweise weniger als den Mindestlohn erhielten und deshalb darum gebeten werde, dies zu überprüfen.

Oberbürgermeister Czisch spricht von einem Prüfauftrag.

Stadträtin Münch (CDU/UfA) und Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) schließen sich der Bitte an.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) schlägt vor, dass Herr Reck eine Aufstellung darüber vorlege, wie viele Tagespflegepersonen, wie viele Kinder betreuten und dies im Gremium zu diskutieren.

Bürgermeisterin Mann sichert zu, dass dies im Ausschuss aufbereitet werde. Allerdings komme es nicht oft vor, dass nur ein Kind betreut werde, sondern meistens seien es zwei oder drei sowie teilweise vier oder fünf Kinder.

2. Teilfinanzhaushalt

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) warnt davor, erforderliche **Sanierungen** bspw. von **Schulen** zu spät auszuführen, da sich sonst die Kosten noch weiter erhöhten.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) schließt sich der Meinung an, dass **Schulbauten und -sanierungen** nicht weiter hinausgeschoben werden dürften.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) würde den Jugendlichen in **Böfingen** gerne den erwünschten **Outdoorspielplatz** für ca. 15.000 Euro ermöglichen.

Oberbürgermeister Czisch sichert dazu eine schnelle Lösung zu.

3. Zuschussverzeichnis

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) würde eine **Indexierung** als wünschenswert ansehen, da ansonsten Anträge von bestimmten Trägern zu erwarten seien.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) spricht sich zwar gegen eine Indexierung aus, legt aber Wert darauf, dass wenn manche Angebote durch die Pandemie und die starke Inflation in Schwierigkeiten kommen könnten, für diese dann die entsprechenden Anstrengungen unternommen werden müssten.

Von Stadträtin Dr. Kochs (FWG) ist zu erfahren, dass ihre Fraktion eine Indexierung ablehne.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, dass bereits vor Jahren ermittelt worden sei, welche Institutionen in der Stadt sehr hohe Energiekosten aus ihrem eigenen Budget zu tragen hätten. Dazu gehöre bspw. der Stadtjugendring und für diese Einrichtungen würden Lösungen gefunden werden.

Oberbürgermeister Czisch hält fest, dass der Teilergebnishaushalt entsprechend den beschlossenen Änderungen und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen werden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, BS, KIBU, KITA, SO, GPR, EG, EI, ER, GÖ/DO, JU, LE, MÄ, UW, ZSD/P, ZSD/HF, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Kultur

des Gemeinderats

vom 30. November 2021

öffentlich

§ 371

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2022
sowie strukturelle Haushaltskonsolidierung für den Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 1. Dezember 2021 (§ 375) aufgeführt.

I. Teilergebnishaushalt

Erster Bürgermeister Bendel erläutert den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2022 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2025 den Fachbereich Kultur betreffend (GD 901/21).

Daraufhin wird der Teilergebnishaushalt Kultur - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Teilfinanzhaushalt

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, verweist auf den Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Kultur.

Museum Ulm (Baumaßnahmen - mögliche Gegenfinanzierung)

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) schlägt vor, einen Teil der jährlichen Mehrerträge auf eine Art Sparbuch für Sanierungen und Investitionen zu verbuchen. Diese könnten dann auch für die Sanierungsmaßnahmen beim Museum herangezogen werden. Alternativ sollen für die Finanzierung dieser Sanierungsmaßnahmen Schulden aufgenommen werden.

Stadtrat Wischmann (FDP) betont, sollen die Sanierungsmaßnahmen beim Museum tatsächlich alle bis zum Museumsjubiläum 2025 angegangen werden, erhöhe dies auch die Abschreibungen und dazu komme, dass die komplette Sanierung angesichts anderer anstehenden Baumaßnahmen zeitlich gar nicht erst umzusetzen sei. Allein aus sachlichen Gründen müssten also andere Baumaßnahmen zugunsten des Museums zurückgestellt werden.

Stadtrat Bühler (FWG) kommt auf seine Ausführungen bei der Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur am 26. November 2021 zu sprechen und erklärt, dass es hierbei aufgrund von unklar dargestellten Zahlen innerhalb des Haushaltsplanentwurfs zu Missverständnissen gekommen sei und deswegen ein Antrag gestellt wurde, welcher laut Verwaltung so wohl nicht umsetzbar sei. Es sei nicht zweckmäßig, andere Baumaßnahmen zugunsten des Museums zurückzustellen. Die ersten beiden Bauabschnitte des Museums seien bereits finanziert und für den Rest solle mittels Neuverschuldung aufgekommen werden. Die Baumaßnahme solle schließlich in einem Stück zu Ende geführt werden. Die heute vorgelegte Investitionsstrategie könne diesbezüglich abgeändert werden.

Stadtrat Ansbacher (SPD) kann die Vorschläge zur Einrichtung einer Art Sparbuch oder zur Neuverschuldung ebenfalls vertreten. Alternativ können Finanzmittel, die für eine andere Maßnahme veranschlagt sind und aktuell nicht abfließen, weil die Umsetzung der Maßnahme in die Zukunft verschoben wurde, zur Gegenfinanzierung der Museumsbaumaßnahme verwendet werden.

Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) erachtet die vorgelegten Konsolidierungsmaßnahmen im Kulturbereich als vertretbar. Die Museumsbaumaßnahme solle in einem Stück angegangen werden und bis zum Jubiläum 2025 abgeschlossen sein.

Stadträtin Reuther (GRÜNE) veranschaulicht, bei der Museumsbaumaßnahme solle ausgerechnet die Fassadensanierung erst nach dem Jubiläum 2025 erfolgen, obwohl sie das äußere Aushängeschild des Museums am Zugang ist. Da dies keinen Sinn ergebe, beharren die Fraktionen auf den Abschluss aller Baumaßnahmen bis 2025.

Stadträtin Dr. Engels (SPD) verdeutlicht die Bedeutung und Wichtigkeit der Museumsbaumaßnahme anhand von Beispielen. Ein Großteil des Gemeinderats sei bereit, mit den in der Investitionsstrategie festgelegten Vorgehensweisen zugunsten der Museumsbaumaßnahme zu brechen, sodass diese bis zum Jubiläum 2025 fertiggestellt werden kann. Zudem habe man im Rahmen der Stellenbesetzung der Direktorenstelle des Museums vereinbart, die Baumaßnahme zügig umzusetzen.

Für Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) ist es von Bedeutung, dass die Museumsbaumaßnahme in einem Stück bis zum Jubiläum 2025 abgeschlossen wird. Damit werde die Attraktivität des Museums erhöht und so können die Ausgaben durch gesteigerte Mehreinnah-

men, wie etwa bei den Eintrittsgeldern, finanziert werden.

Oberbürgermeister Czisch stellt klar, dass es sich bei den Baumaßnahmen des Museums um einen Aus- und Umbau handle und nicht, wie heute vereinzelt vorgebracht, um eine Sanierung. Die Stadt Ulm beschließe momentan doppelt so viele Investitionen wie sie überhaupt personell umsetzen könne. Zudem warte ein ganzes Jahresinvestitionsprogramm auf seine Umsetzung. Bei allen weiteren Investitionsbeschlüssen müsse sich zwingend die Frage gestellt werden, ob diese momentan überhaupt leistbar sind. Auch wenn im Rahmen der Stellenbesetzung der Direktorenstelle des Museums vorgebracht wurde, die Baumaßnahme zügig umzusetzen, könne daraus kein Anspruch auf Umsetzung gegenüber der Verwaltung generiert werden.

Maßnahmen können nur dann verschoben werden, wenn sie noch nicht geplant und keine Aufträge erteilt worden sind. Bei den Maßnahmen, bei denen der aktuelle Mittelabfluss nicht dem entspricht, welcher geplant wurde, seien die entsprechenden Aufträge aber bereits erteilt worden und es werden die Liquiditätsabflüsse verschoben - das Geld könne also nicht umgewidmet werden.

Die vorgezogene Baumaßnahme des Museums erhöhe zwar die veranschlagten Nettokosten nicht, aber, da es sich hierbei um einen Aus- und Umbau eines Bestandbaus handle, sei der Aufwand deutlich höher als bei einem Neubau. Heute könne kein Versprechen gegeben werden, dass trotz vorgezogener Baumaßnahme das Museum bis zum Jubiläum 2025 fertiggestellt ist, da nicht abgeschätzt werden könne, wie und ob die Baumaßnahme personell in dieser Zeitspanne überhaupt umgesetzt werden könne. Die Personalkapazität im Baubereich sei begrenzt und bei der Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen müsse eine Abwägung nach Priorisierung stattfinden und hierbei werden dringendere Maßnahmen, wie beispielsweise die des Hochwasserschutzes, immer vorgezogen werden müssen. Das Problem der Museumsbaumaßnahme sei nicht die Finanzierung, sondern die nicht vorhandene Personalkapazität zur rechtzeitigen Umsetzung bzw. Fertigstellung. Er habe die Pflicht, seine Beschäftigten vor noch mehr Überlastung zu schützen.

Es könne nicht sein, dass der Gemeinderat heute mit dem Museum eine zusätzliche Maßnahme zu all den anderen priorisierten Baumaßnahmen beschließe ohne aber gleichzeitig eine andere Maßnahme zugunsten des Museums zu streichen und dann erwarte, dass diese mit der vorhandenen Personalkapazität zeitnah umgesetzt wird und im Falle eines Verzugs dann die Verwaltung zur Rechenschaft zieht, warum sie die Maßnahme nicht rechtzeitig oder mit der veranschlagten Kostenschätzung ausführen könne.

Unabhängig davon werde es über kurz oder lang dazu kommen, dass der Gemeinderat darüber entscheiden werden müsse, welche Projekte und Maßnahmen verschoben werden. Beim Museum bedeute dies, dass, sollte die Baumaßnahme priorisiert werden, diese zwingend zulasten einer anderen Baumaßnahme gehen werde, welche dann verschoben werden müsse. Dem Gemeinderat fehle heute der Mut zu benennen, welches konkrete Projekt zugunsten des Museums verschoben werde.

Erster Bürgermeister Bendel hält dem Vorschlag zur Einrichtung einer Art Sparbuch entgegen, die jährlichen Mehrerträge wurden bereits zeitgleich der Kalkulation der Neuerschuldung zugrunde gelegt und stünden daher nicht mehr zur Verfügung. Die Investitionsstrate-

gie werde zwar verändert, aber hierbei maßgeblich sei das Investitionsvolumen und der Investitionskorridor, welche eingehalten werden müssen. Die Verwaltung habe in den letzten Jahren ihre Personalkapazität aufgestockt um das Pensum der geplanten Investitionen so gut wie möglich zu erfüllen. Dennoch sei das Investitionsvolumen mittlerweile weit über dem ursprünglich veranschlagten Volumen und es sei bereits jetzt unrealistisch, alle Maßnahmen zeitnah abzuarbeiten. Aktuell werde der Bauetat eines ganzen Kalenderjahres mittels Ermächtigungsüberträgen i. H. v. 30 - 40 Mio. € ins nächste Jahr aufgeschoben, weil er nicht umsetzbar ist. Werde die Investitionsstrategie verändert und eine Maßnahme vorgezogen, müsse dies zulasten einer anderen Maßnahme gehen, welche dann aus der Priorisierung falle und in die nächsten Jahre verschoben werde. Alles andere treibe die Neuverschuldung in die Höhe.

Bürgermeister von Winning fügt an, bei den im Finanzplanungszeitraum aufgeführten Baumaßnahmen gehe es um den Beginn der Maßnahme und nicht um den Finanzmittelabfluss. Bei der Umsetzung aller geplanten Baumaßnahmen müsse eine Abwägung nach der Dringlichkeit der Sanierung erfolgen und Maßnahmen, bei denen es um den Schutz eines Gebäudes gehe, weil etwa das Dach undicht ist, werden immer Vorrang haben müssen. Dasselbe gelte für dringend benötigte Neubaumaßnahmen wie z. B. denen von KITA-Gebäuden. Diese Dringlichkeit bestehe bei der Museumsbaumaßnahme nicht, da das Museum ein funktionsfähiges Gebäude ist, welches mit der Baumaßnahme optimiert werde.

Zudem sei eine Umsetzung aller Bauabschnitte des Museums bis zum Jahr 2025 sehr ambitioniert, da beim Umbau von Bestandsgebäuden nahezu immer unvorhersehbare Herausforderungen auftreten. Eine Aufteilung der Maßnahme in zwei Bauabschnitte sei angemessen. Im Übrigen werde die Investitionsstrategie 2022 im Hinblick auf das Investitionsvolumen und den Investitionskorridor fortgeschrieben, auch weil es aktuell eine Baupreissteigerung von rund 20 % gebe.

Selbst der Tiergarten mit seinem sanierungsbedürftigen Tropenhaus sei eine touristisch wirksame Einrichtung und die diesbezügliche Sanierungsmaßnahme werde seit vielen Jahren aufgeschoben. In diesem konkreten Fall sei eine Maßnahme zugunsten anderer Baumaßnahmen verschoben worden.

Darüber hinaus können aufgrund des Fachkräftemangels im Baubereich vorhandene oder neu geschaffene Planstellen oft nicht besetzt werden, da es an qualifizierten Bewerber*innen fehle.

Stadtrat Wischmann (FDP) fasst für sich zusammen, wenn die Verwaltung aus den Erfahrungen der Vorjahre bereits heute wisse, dass sie es angesichts des Arbeitspensums nicht schaffen werde, alle vier Bauabschnitte des Museums bis zum Jubiläum 2025 abzuschließen und auch auf keine andere Maßnahme zugunsten des Museums verzichtet werden solle, müsse der Gemeinderat heute so fair sein und von seiner Forderung, die Museumsbaumaßnahme in einem Stück bis zum Jubiläum 2025 abzuschließen, ablassen.

Sachrichtiger sei es, die Maßnahme, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, mit zwei Bauabschnitten vor dem Jubiläum und den restlichen beiden Bauabschnitten nach dem Jubiläum umzusetzen. Der diesbezüglich in der Sitzung des Fachbereichsausschusses Kultur am

26. November 2021 gefasste Beschluss, alle vier Bauabschnitte des Museums bis zum Jubiläum 2025 abzuschließen, solle bis zur endgültigen Beschlussfassung im Gemeinderat am 15. Dezember 2021 überdacht werden und dort für den ursprünglichen und von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss mit Trennung der Bauabschnitte gestimmt werden. Auch eine Verzögerung beim Bau aufgrund von zu viel parallel zu erledigenden Aufgaben führe zu zusätzlichen Kosten, welche vermieden werden können.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) stellt dar, bei der Entscheidung dürfe nicht vorherrschend sein, welche Maßnahme zugunsten einer anderen umgesetzt werden könne. Auch der finanzielle Aspekt sei von Bedeutung. Ferner sei eine Bauausführung am Stück und ohne Unterbrechung kostengünstiger und umgehe Baukostensteigerungen. Mit dem Museums-umbau schaffe man außerdem einen Wert.

Die zahlreichen Ermächtigungsüberträge und die knappe Personalkapazität seien dem Gemeinderat bekannt und bei der Verwaltung sei im vergangenen Jahr nachgefragt worden, ob sie davon ausgehe, dass sie mit der vorhandenen Personalkapazität das hohe Investitionsvolumen des Haushalts 2021 abarbeiten könne - die Verwaltung sei davon ausgegangen. Heute wisse man, dass es nicht umgesetzt werden konnte. Auch heute gelte die Zusage des Gemeinderats, sollte die Verwaltung gerade im Bereich des Gebäudemanagements und der sonstigen Bauverwaltung zusätzliches Personal benötigen, dies zu unterstützen. Der Gemeinderat habe mitnichten Interesse daran, dass die städtischen Beschäftigten überlastet werden.

Stadtrat Bühler (FWG) zeigt das Vorgehen im Vorfeld der Planungen zur Museumsbaumaßnahme auf und hält fest, dieses hätte gezeigt, dass alle vier Bauabschnitte ohne Probleme in einem Durchgang ausgeführt werden können.

Oberbürgermeister Czisch lässt wissen, die gesamte Baukonjunktur habe derzeit mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Dies führe u. a. dazu, dass bei Ausschreibungen der Stadt und deren Gesellschaften die Ausschreibungsunterlagen gar nicht erst abgeholt werden oder oft nur ein oder gar kein Angebot eingeht.

Beschließe der Gemeinderat die Durchführung der Museumsbaumaßnahme bis 2025 ohne dafür eine andere Maßnahme zu streichen und so eine Priorisierung vorzunehmen, könne die Verwaltung angesichts der heute dargelegten Gründe nicht zusagen, die Baumaßnahme bis 2025 umzusetzen. Dieses Risikos müsse sich der Gemeinderat bewusst sein und er dürfe die Verwaltung dann im Nachgang auch nicht rügen, sollte die Museumsbaumaßnahme nicht wie geplant abgeschlossen werden können. In diesem Fall trage der Gemeinderat die gesamte Verantwortung und nicht die Verwaltung. Der Gemeinderat habe dann bei der Beschlussfassung in Kauf genommen, dass die Museumsbaumaßnahme eventuell nicht bis zum Jahr 2025 abgeschlossen wird, sondern in Verzug geraten könnte. Für zukünftige Bauprojekte dürfe das Vorgehen beim Museum nicht als Beispiel herangezogen werden.

Er nimmt aus der heutigen Diskussion zur Kenntnis - Widerspruch wird dagegen nicht erhoben -, dass der Gemeinderat entgegen dem Antrag und der Empfehlung der Verwaltung keinen Kompensationsvorschlag zur Museumsbaumaßnahme beschließen möchte.

Abschließend stellt Oberbürgermeister Czisch ohne Widerspruch fest, dass der Teilfinanzhaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch verweist auf das Zuschussverzeichnis sowie auf die Liste der weitergehenden Zuschussanträge und hält ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Kultur dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

IV. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2021

Oberbürgermeister Czisch verweist auf die den Fachbereich Kultur betreffenden Gemeinderatsanträge und stellt daraufhin ohne Widerspruch fest, dass diese dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Ergebnis:

Der **Teilergebnis-, Teilfinanzhaushalt** und das **Zuschussverzeichnis** den Fachbereich Kultur betreffend werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, GPR, ZSD/P, OV (8), AR, BI, KA, MS, MU, SH, TH, ZSD/HF, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
des Gemeinderats
vom 1. Dezember 2021

öffentlich

§ 373

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2022
sowie strukturelle Haushaltskonsolidierung
für den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 1. Dezember 2021 (§ 375) aufgeführt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, stellt Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint-Präsentation den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2022 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2025, die den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffen (GD 901/21), vor. Die Präsentation bildet eine Anlage zu dieser Niederschrift.

Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2022 (GD 970/21)

Bürgermeister von Winning macht zu den Anträgen, den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, folgende Anmerkungen:

Antrag 128, SPD-Fraktion: Radwege in der Weststadt

Die Sanierung der Fuß- und Radwege in der Jägerstraße, Herrlinger Straße und Einsteinstraße vorzunehmen und die nötigen Mittel hierfür bereitzustellen

Die Umsetzung erfolge schrittweise zusammen mit Leitungssanierungen der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) im Rahmen des Budgets.

Antrag 145, GRÜNE-Fraktion: 365-Euro-Ticket

Einführung eines 365-Euro-Tickets für Kinder und Jugendliche bis 21 Jahre, Schüler*innen, Studierende, Lehrlinge, Azubis bis 27 Jahre

Das Land habe dieses Ticket vorgegeben und im Zuge dessen, habe der Aufsichtsrat der DING beschlossen, dieses 365 €-Ticket so schnell wie möglich einzuführen.

Antrag 151, GRÜNE-Fraktion: Mehr Grün in die Stadt

Die finanziellen und personellen Kapazitäten im Grünflächenamt sowie beim Zentralen Gebäudemanagement aufzustocken, um Maßnahmen zur Entsiegelung sowie Dach- und Fassadenbegrünung zügiger und im größeren Umfang anzugehen zu können

Man sehe den Bedarf. Vor dem Hintergrund der Konsolidierung, werde man jedoch mit den bereits eingestellten Mittel hier Verbesserungen vornehmen.

Antrag 152, GRÜNE-Fraktion: Einsteinplatz

Eine kurzfristige Lösung mit Pflanzkübeln zu realisieren sowie Sitzmöglichkeiten und Fahrradabstellplätze umzusetzen

Man befinde sich hier in enger Abstimmung mit DC Developments (DC) und er sei zuversichtlich, dass, wenn die Sedelhöfe nächstes Jahr offiziell eröffnet werden und das Vorhaben fertig gestellt sei, diese Themen umgesetzt seien. Wenn das mit DC nicht funktioniere, werde man im Rahmen des Budgets Möglichkeiten finden.

Antrag 153, GRÜNE-Fraktion: Personal Bautätigkeiten und Klimaschutz

Die personellen Kapazitäten im Bereich Stadtplanung, Umwelt, Baurecht (SUB) aufzustocken und entsprechende Finanzmittel im Haushalt einzuplanen

Bei den Baugenehmigungen gebe es von Seiten der Stadt keinen Stau. Ulm sei die Kommune, die am schnellsten bei der Abarbeitung der Baugenehmigungen sei. Dass die Baugenehmigungen länger dauern, habe seine Ursache darin, dass die Unterlagen oft unvollständig seien und die Einwendungen und Widersprüche aus der Nachbarschaft umfangreicher werden. Mit mehr Personal könne man die Bearbeitung der Baugenehmigungen nicht beschleunigen.

Man habe diese Jahr einen neuen Klimaschutzmanager eingestellt und habe somit jetzt zwei Vollzeitstellen. Man schaue, wie man damit zurechtkomme und werde ggf. nächstes Jahr reagieren.

Antrag 155, GRÜNE-Fraktion: Taktverdichtung abends

Den Takt im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch abends auf 20 Minuten zu verdichten und entsprechende Finanzmittel im Haushalt einzuplanen

Ein 20-Minuten-Takt abends passe nicht in die Taktfamilie. Man habe den 15-Minuten-Takt auf den Hauptlinien bereits bis auf 21:30 Uhr ausgedehnt. Auf den Nebenlinien sei man zusammen mit der SWU zum Ergebnis gekommen, dass hier eine Taktverdichtung nicht sinnvoll sei. Man werde weiterhin eine Gesamtschau machen, und dabei aber einzelne Linien gesondert betrachten.

I. und II. Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt

Zentrales Gebäudemanagement

Masterplan Bildung - Schulträger

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) legt dar, dass die Schüler die Leidtragenden der Pandemie seien. Es gebe jetzt eine interdisziplinäre Task-Force um die Pandemiefolgen zu begrenzen. Das schnelle Internet müsse der Schulträger zur Verfügung stellen. Dies müsse man beschleunigen.

Er möchte auch den gigantischen Sanierungsbedarf und den Neubau von Schulgebäuden in den kommenden Jahren ansprechen und fragen, wie man dies alles steuern wolle.

Auch habe seine Fraktion große Bedenken bei der Reduzierung der Reinigungsintervalle an Schulen. Hier verweise er auf die Ausführungen zu den Konsolidierungsmaßnahmen 32 (Fensterreinigungen alle zwei Jahre) und 33 (Reduzierung Gebäudereinigung).

Er rege deshalb aufgrund der vielen Themen einen "Masterplan Bildung - Schulträger" an.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass man bei der Abteilung Bildung und Sport beim Thema "IT an Schulen" aufgerüstet habe und dafür eigenes Personal zur Verfügung habe.

Der Gemeinderat habe vor über 20 Jahren eine Bildungsoffensive gestartet, mit zunächst 50 Mio. €. Mittlerweile habe man hier rund ¼ Mrd. € ausgegeben. Bis zum Jahre 2030 werde man ca. ½ Mrd. € in die Schulen investiert haben. Man sei aber gezwungen, Prioritäten zu setzen.

Die Bildungsoffensive sei somit der größte "Masterplan" den man jemals aufgelegt habe.

Stadtplanung, Umwelt, Baurecht

Wohnungswesen

Stadtrat Rivoir (SPD) spricht die Anzahl der Baugenehmigungen an. Es gebe die Forderung im neuen Koalitionsvertrag, dass es jedes Jahr 400.000 neue geförderte Wohnungen geben solle. Wenn man dies auf die Bundesländer herunterbreche, seien dies für Baden-Württemberg rund 14.000 Wohnungen.

Er finde es zu wenig, was beim Wohnbau in Ulm laufe. Man müsse hier mehr Tempo an den Tag legen, auch mit Blick auf die Fertigstellung von Stuttgart 21. Man müsse dringend Grundstücke wie z.B. das "Stockmahd" entwickeln.

Er spricht den Vorschlag eines Ulmer Wohnbaufonds für Private an.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) bringt vor, dass einige Unternehmen die Ziele der Wohnbaudebatte super umsetzen. So gebe es auch einen privaten Investor der bis zu 100 % sozialgeförderten Wohnbau mache. Sie sehe hier die Förderung, die Zurverfügungstellung der Baugrundstücke sowie die Konzeptvergabe als Schlüsselpunkte an.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) hält fest, dass sich alle in den Zielen einig seien. Alle wollen bezahlbaren Wohnraum. Aber bei der Nachverdichtung sehe seine Fraktion Zielkonflikte. Man könne nicht bis zum Anschlag verdichten.

Oberbürgermeister Czisch teilt mit, dass man sich zurzeit fast jede Woche zu einem Richtfest oder Spatenstich treffe. Man habe, teilweise auch zusammen mit Partnern, sehr viele große Vorhaben in der Umsetzung. Die Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) investiere gerade doppelt so viel in den Neubau wie normal. Es werde aber zunehmend schwieriger, überhaupt Baufirmen zu bekommen, da auch die Bauwirtschaft an ihren Grenzen angelangt sei und ein großer Fachkräftemangel herrsche. Die UWS berichte, dass viele Firmen nicht mal mehr die Leistungsverzeichnisse abholen.

Er sehe beim geförderten Wohnbau in Ulm kein Defizit, da man hier mindesten 30 % wenn nicht sogar 40 % bei den jeweiligen Bauvorhaben als geförderten Wohnraum erstelle. Es gebe in Ulm sogar ein Vorhaben mit 100 %. Man setze somit die Ziele der Wohnbaudebatte um.

Im März 2022 werde es einen Zwischenbericht zur Wohnbaudebatte geben und hierbei werden dann auch die angesprochenen Themen aufgegriffen.

Die UWS habe gesagt, dass sie 9.000 Wohnungen aus eigener Kraft schaffen. Wenn man 10.000 Wohnungen bis 2030 wolle, dann müsse die Stadt 70 Mio. € Eigenkapital einbringen. Dann würden aber auch keine Konzeptvergaben mehr erfolgen können, da die UWS dann alle vorhanden städtischen Geschoßgrundstücke bebauen würde. Dies werde man bei der Wohnbaudebatte diskutieren müssen.

Wenn man den Bau der Windräder beschleunigen wolle, und hier das Thema der Bürger Einsprüche begrenzen wolle, müsste man auch beim Wohnungsbau klären, bis zu welcher Phase es noch relevante Einsprüche geben könne. Es könne nicht sein, dass durch Petitionen, nachdem das Beteiligungsverfahren beim Bebauungsplan abgeschlossen sei, ein Vorhaben lange Zeit lahmgelegt werden könne.

Man habe viele Neubaugebiete in Planung. Es gebe aber sehr viele Diskussionen und Widerstände aus der Bürgerschaft, wenn es um verdichtete Bauweise gehe. Fast bei jeder Innenentwicklung gebe es mittlerweile eine Bürgerinitiative.

Bürgermeister von Winning spricht an, dass die Verfügbarkeit von Grundstücken natürlich ein Thema sei. Man versuche Flächen für den Wohnungsbau zu aktivieren und geordnete Beteiligungsprozesse hinzubekommen. Dies werde dann aber nicht immer von allen Fraktionen auch gewürdigt. Man müsse die Bauvorhaben gemeinsam in der Bürgerschaft vertreten.

Wenn man sehr viele Wohnungen realisieren wolle, funktioniere dies nur über einen qualitativ voll verdichteten Wohnungsbau. Der Konzeptwettbewerb habe sich hier als sehr hilfreich erwiesen.

Es sei aber auch so, dass viele Akteure in der Bauwirtschaft wegen der Entwicklung der Baupreise sehr zurückhaltend seien.

Erster Bürgermeister Bendel merkt zum angesprochenen Wohnbaufonds an, dass solche Fonds zurzeit nicht wirtschaftlich und für die Bürger nicht attraktiv seien, da das Zinsniveau am Kapitalmarkt sehr niedrig sei. Es fehle nicht am Geld beim Wohnungsbau, sondern an den Kapazitäten bei den Bauunternehmern. Man habe dies bereits den Fraktionen schriftlich mitgeteilt.

Oberbürgermeister Czisch erinnert, dass es bei der SWU einen Bürgerfonds zu Photovoltaikanlagen gab was aber nicht wirtschaftlich und sehr aufwendig gewesen sei.

Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung

Grünanlagen

Konsolidierungsmaßnahme 23 (Reduzierung des Standards im Bereich Sommertrams, Wechselbepflanzung, und Biberschutzmaßnahmen)

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) teilt mit, es sei keine Frage, dass seine Fraktion die Konsolidierung mittrage und einem bewusst sei, dass man sparen müsse, dennoch möchte die CDU/UfA-Fraktion die Nr. 23 aus der Konsolidierung herausnehmen. Es sei nicht sinnvoll, diese Wechselbegründung zu streichen, dadurch werde die Stadt weniger attraktiv. Der Betrag solle durch Schuldenaufnahme finanziert werden.

Oberbürgermeister Czisch mahnt einen Ersatzvorschlag für die Finanzierung an. Das sei Geschäftsgrundlage.

Stadtrat Bühler (FWG) wirft ein, dass diese Maßnahme erst das Haushaltsjahr 2023 betreffe und heute deshalb keine Entscheidung notwendig sei.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) zieht den Antrag zurück. Man werde den Antrag aber nächstes Jahr zur Abstimmung stellen.

Mehr Grün in der Stadt

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) beantragt, heute über den Antrag 151 abzustimmen.

Man wolle das Budget dauerhaft ab 2022 bei der Hauptabteilung Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung (VGV) um 100.000 € und beim Zentralen Gebäudemangement (GM) um 50.000 € erhöhen. Die Finanzierung soll durch Aufnahme neuer Schulden erfolgen.

Erster Bürgermeister Bendel merkt an, dass man sich hier auf einen Kompromissvorschlag geeinigt habe.

Bürgermeister von Winning führt aus, dass man im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt einen Beschluss gefasst und vorgetragen habe, dass man die geplanten Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal umsetzen könne.

Wenn man das Budget um 150.000 € erhöhe, könne er nicht zusagen, dass dies mit dem vorhanden Personal dann auch umgesetzt werden könne.

Der modifizierte Antrag 151 (das Budget dauerhaft ab 2022 bei VGV um 100.000 € und bei GM um 50.000 € erhöhen) wird mit Stimmenmehrheit (bei 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

beschlossen.

Öffentlicher Raum

Stadtrat Rivoir (SPD) interessiert sich für die Zuständigkeiten bezüglich des öffentlichen Raums in den Sedelhöfen. Er bitte, hier die Vertragsverhältnisse darzulegen.

Bürgermeister von Winning führt aus, die Stadt sei Eigentümerin der öffentlichen Flächen. Für den Unterhalt und die Verkehrssicherungspflicht sei aber DC verantwortlich. Man werde sich streng an die Vereinbarung halten. Man sollte jetzt die finale Eröffnung abwarten, da sich hier dann sicher die offenen Punkte erledigen werden.

Radwege

Stadtrat Ansbacher (SPD) begrüßt es, dass jetzt die Sanierung der Radwege in der Weststadt (Antrag 128) angegangen werde. Er bitte darzulegen, ob dafür die 1 Mio. € aus dem "Fahrradtopf" verwandt werde.

Zur Entwicklung des Radverkehrs geht er auf ein Schreiben der Lokalen Agenda ein. Man habe bis 2025 einen Anteil des Radverkehrs am Modalsplit von 25 % beschlossen. Er bitte hier den Stand darzulegen.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) spricht sich für mobile Radabstellanlagen rund um den Bahnhof aus.

Stadtrat Bühler (FWG) bittet, bezüglich der 25 % bis 2025 beim Radverkehr, sich im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt über kurzfristige Maßnahmen zu unterhalten, damit man ein Signal nach außen senden könne.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass man von den 25 % relativ weit weg sei. Nächstes Jahr plane man ein neues Verkehrsmodell.

Die 25 % seien ein sehr ambitioniertes Ziel. Man werde dieses Ziel nicht mit Angebotsmaßnahmen, die niemanden weh tun, erreichen, sondern man werde in den Motorisierten Individual Verkehr (MIV) eingreifen müssen und hier sehe er Schwierigkeiten. Er möchte hier nur auf die Diskussion "Münchner Straße" oder "Olgastraße" verweisen.

Die Sanierung sei ein relevanter Teil bei der Radverkehrsförderung. Projekte wie z.B. die Umgestaltung des Weinbergweges, der Haßlerstraße oder der Radweg an der Ludwig-Erhard-Brücke werden über diese Baumaßnahmen abgewickelt und nicht über die Mio. € aus dem "Fahrradtopf".

Nächstes Jahr werde man die Haupttrouten zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e. V (ADFC) anschauen und die neuralgischen Punkte herausarbeiten. Man werde aber, wie bereits mehrfach dargelegt, ohne eine Priorisierung nicht weiterkommen.

Erster Bürgermeister Bendel merkt an, dass die eine Mio. € im Finanzhaushalt sei. Wenn erforderlich, könne man diese Mittel im Haushalt umschichten.

Mobilität

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) sieht eine gewisse Hilflosigkeit bei den Anträgen zur Mobilität. Insgesamt gesehe fehle ihr ein Konzept. Deshalb sehe man die Zeit für einen "Masterplan - Verkehrswende", der über das Mobilitätskonzept hinausgehen müsse, gekommen.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass man das Handlungskonzept - Mobilität erst im Sommer beschlossen habe.

Bürgermeister von Winning ist der Ansicht, dass man mit einem Masterplan hier nicht weiterkomme. Schon ein Linksabbiegeverbot in der Olgastraße führe zu großen Konflikten in der Bürgerschaft.

Stadtrat Zloch (CDU/UfA) legt dar, dass man bereits im Juni bei der Klausur zur Konsolidierung eine Mobilitätsklausur, um eine konkrete Umsetzung anzugehen, vorgeschlagen habe.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Stadtrat Ansbacher (SPD) spricht den fraktionsübergreifenden Antrag aus dem Jahre 2019 zur Einführung eines Kurzstreckentickets an. Andere Städte machen dies bereits.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass man dazu eine Lösung über den DING-Verbund benötige. Das Land müsse jetzt die Rahmenbedingungen vorlegen. Man werde dann, wenn die Rahmenbedingen vorliegen, ein Kurzstreckenticket nochmals aufrufen.

Das 365-€-Ticket für die Schüler/Jugendlichen komme und werde zu 70 % vom Land und 30 % vom Aufgabenträger zu finanzieren sein (Antrag 145). Dazu benötige man sicher zusätzliche Finanzmittel.

Bei der Regio-S-Bahn gebe es das Zielkonzept 2025 und alles was in diesem Zielkonzept geregelt sei, werde durch das Land finanziert, der Rest dann über einen Finanzierungsschlüssel durch die Beteiligten. Das sei aber ein Thema, über das man nächstes Jahr reden werde.

Fußgänger

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) findet es auch wichtig, dass man die "Fußgänger" betrachte. Man sollte nächstes Jahr im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt die Konflikte Fußgänger/Radfahrer und Ampelschaltungen thematisieren.

Elektro-Tretroller

Stadtrat Rivoir (SPD) bemängelt, dass in Ulm die E-Tretroller überall abgestellt werden können. Dies sei in anderen Städten anders geregelt. Er bitte, die Verträge dahingehend zu ändern, dass dies kontrollierter sei und die E-Roller nicht überall abgestellt werden können.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass es beim Abstellen einen Standard in Ulm gebe. Allenfalls könne man diskutieren, ob die Abstellflächen zu großzügig seien.

Bürgermeister von Winning bringt vor, man habe hier "Geofencing" zum Standard gemacht. Dies sei aber freiwillig. Wenn man den öffentlichen Raum aufteile und extra Räume für E-Tretroller, Fahrräder oder Autos wolle, und eine Mehrfachnutzung nicht zulassen wolle, dann müsse man anderen Verkehrsteilnehmern Straßenräume wegnehmen. Es gebe aber zentrale Räume, die vom Abstellen freigehalten werden.

III. Zuschussverzeichnis

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der **Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt** (mit der Änderung "das Budget dauerhaft ab 2022 bei VGV um 100.000 € und bei GM um 50.000 € zu erhöhen) sowie das **Zuschussverzeichnis** (einschließlich der Liste der weitergehenden Zuschussanträge - GD 905/21), den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV (4), SUB (4), FR, GM (4), FW, Fachbereichspersonalrat, ZSD/P, OV (8), ZSD/HF (3), RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 1. Dezember 2021

öffentlich

§ 375

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2022

- Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung und Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
 - Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -
 - Strukturelle Haushaltskonsolidierung -

Beratungsgrundlage sind die

1. GD 901/21 (Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2022 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 bis 2025),
2. GD 903/21 (Vorbericht),
3. GD 904/21 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2022), (Neufassung der GD 904/21 als Tischvorlage)
4. GD 905/21 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2022 berücksichtigt sind),
5. GD 906/21 (Stellenplan 2022),
6. GD 910/21 (Übersicht zum Programm Bildungsoffensive),
7. GD 916/21 (Ergänzungsliste zum Stellenplan 2022),
8. GD 970/20 (Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2022 als Tischvorlage)

Die Beratungsunterlagen sind - soweit nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 18. November 2021, § 109, beigefügt - Anlage zu dieser Niederschrift.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint Präsentation den Haushalt 2022 und die mittelfristige Finanzplanung 2021 - 2025. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Anschließend spricht er die Gemeinderatsanträge zum Haushalt 2022 an, für die der Hauptausschuss zuständig sei:

1. Antrag Nr. 135 der GRÜNE-, FWG-, CDU/UfA- und SPD-Fraktion:
Aufstockung, Koordinationsstelle "Jugend aktiv"

Die Verwaltung schlage vor, vor einem verbindlichen Beschluss zuerst die Evaluation und die Fortschreibung des Vielfaltskonzeptes abzuwarten.

2. Antrag Nr. 154 der GRÜNE-Fraktion:
Marketing "Parken"

Die Verwaltung schlage vor, das Thema im Rahmen des bestehenden Marketingbudgets im Kernhaushalt und bei der Ulmer Parkbetriebs GmbH (PBG) abzuarbeiten. Es soll kein zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. Die Beratung erfolge im Rahmen des weiteren Prozesses zum Parkraumkonzept in der Innenstadt.

I. Bereich Oberbürgermeister

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten-, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Oberbürgermeister - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Bereich Zentrale Steuerung und Dienste

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten -, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Zentrale Steuerung und Dienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

III. Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten -, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden der Bürgerdienste. Die Ortspolizeibehörde müsse die Umsetzung der Corona-Verordnung kontrollieren. Das sei schwierig, weil die Ortspolizeibehörde nur über begrenztes Personal verfüge. Damit verbunden sei ein Erwartungsmanagement und der Umgang mit Kritik. Die Polizei vor Ort sei sehr kooperativ. Das Land sollte die Landespolizei stärker in die Pflicht nehmen. Die Frage laute, welche Konsequenzen man für die Zeit nach Corona ziehe. Zentrale Themen seien Sicherheit und Ordnung, Infrastruktur (Grundfunktionen der Stadt und der städtischen Gesellschaften) sowie Bildung und Soziales. Nächstes Jahr werde der Zensus stattfinden. Bei den Ressourcen brauche man eine gewisse Stabilität. Die Müllabfuhr z.B. sei bei strengsten Corona-Einschränkungen jeden Tag im Einsatz gewesen. Dafür dankt er.

(Beifall)

Stadtrat Ansbacher (SPD) schließt sich dem Dank an. Die Aufgaben der Bürgerdienste als Ortspolizeibehörde nähmen immer mehr zu, was sich allerdings nicht im Stellenplan abbilde. Er fragt, ob man nächstes Jahr über die Personalausstattung bei den Bürgerdiensten diskutieren müsse. Die Bürgerdienste machen die Zugangskontrollen beim Weihnachtsmarkt, daneben gebe es auch noch das Thema "Poser". Die Frage laute, wie die Bürgerdienste in den Post-Corona-Zeiten aufgestellt werden.

Oberbürgermeister Czisch weist auf die Vielfältigkeit der Aufgaben bei den Bürgerdiensten hin. Beim Veterinäramt werde unter höchsten Sicherheitsbedingungen gearbeitet. Ein Problem sei, dass immer mehr klassische Polizeivollzugsaufgaben in die kommunale Verantwortung geschoben werden. Dazu habe er schon immer eine kritische Haltung gehabt. Beim Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) seien keine Polizeivollzugsbeamten beschäftigt. Nächtliche Kontrollen müsse der Polizeivollzugsdienst machen. Die Schnittstelle KOD/Polizeivollzugsdienst sei eine zentrale Frage. Es brauche eine Diskussion, wie viel Schuhe sich die Stadt anziehen wolle. Die Stadt wolle mehr Polizeivollzugsdienst auf der Straße haben. Das sei auch ein Punkt im Zusammenhang mit den Lehren aus Corona. Bei den Bürgerdiensten seien in den letzten Jahren auch neue Stellen geschaffen worden. Das neue Gebäude der Bürgerdienste sei ein Vorteil, weil es dadurch Synergieeffekte gebe. Herr Türke werde im ersten Halbjahr 2022 über seine Vorstellungen als neuer Leiter der Bürgerdienste berichten.

Mit diesem Vorschlag ist der Hauptausschuss einverstanden.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) spricht ebenfalls den Dank seiner Fraktion aus. Er fragt nach der Zukunft des ehemaligen Gebäudes der Bürgerdienste in der Sattlergasse. Die Sanierung werde nach 2026 verschoben. Er möchte wissen, ob man sich eine Verschiebung leisten könne und ob es ein Nutzungskonzept gebe.

Bürgermeister von Winning bringt vor, dass für die Sattlergasse kleinere Maßnahmen geplant seien. Es gebe eine Zwischennutzung durch die Abteilung Zentrale Steuerung und Dienste/Team IT und die Familienbildungsstätte. Die Sanierung sei zurückgestellt worden.

Oberbürgermeister Czisch sagt eine schriftliche Antwort auf die aufgeworfenen Fragen zu.

Erster Bürgermeister Bendel ergänzt, dass es sich bei der Sattlergasse um eine faktische Verzögerung handle. Man könne nicht alles gleichzeitig machen. Die Zwischennutzung werde etwas länger dauern.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Bürgerdienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

IV. Allgemeine Finanzmittel

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Stadtrat Eichhorn (FWG) trägt zum Thema "Allgemeine Finanzmittel" Folgendes vor:

Im letzten Hauptausschuss sei die Zweitwohnungssteuer angesprochen worden. Trotz Haushaltskonsolidierung sehe man in den nächsten Jahren keine Steuererhöhung vor. Seit zehn Jahren werde z.B. in Stuttgart die Zweitwohnungssteuer erhoben. Es wäre ein Anreiz, die Stadt Ulm als Erstwohnsitz zu melden. Ferner wäre es eine Finanzspritze für die Stadt Ulm. Das sollte im Hauptausschuss diskutiert werden.

Oberbürgermeister Czisch sagt zu, dies als Auftrag mitzunehmen. Die Situation in Ulm sei mit der, z.B. in Überlingen, nicht vergleichbar. Zunächst müsse das Potential und der nötige Aufwand geklärt werden. Das sei bisher der Grund gewesen, davon abzusehen. Geklärt werden müsse die Frage, welche Anreize es für Studierende gebe. Ferienwohnungen seien in Ulm zu vernachlässigen. Er sagt einen Bericht im Hauptausschuss zu.

Er weist besonders auf die Schulden bis zum Jahr 2022 und die Investitionstätigkeit hin. Die Konsequenz sei, dass unklar sei, ob alle geplanten Bauvorhaben abgearbeitet werden könnten. Die Ermächtigungsüberträge seien sehr hoch.

Stadtrat Ansbacher (SPD) spricht das Thema "Entnahme eines Teils der Rücklagen aus dem Ergebnishaushalt" an.

Erster Bürgermeister Bendel stellt klar, dass damit die Überschussrücklage aus den Ergebnissen der Vorjahre gemeint sei. Sie würde verwendet, um die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplans 2022 sicher zu stellen. Es handle sich um eine bilanzielle Position und um Eigenkapital und stehe nicht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Es sei eine buchhalterische Bilanzposition.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass das ein technischer Effekt sei. Besser sei es, über die Liquidität zu reden. Eine Stadt brauche eine extrem hohe Kapitalbasis, weil sie extrem viele defizitäre Investitionsanlagen habe.

Stadtrat Rivoir (SPD) fragt nach der genauen Höhe der Rücklagen und nach der Eigenkapitalquote der Stadt.

Erster Bürgermeister Bendel legt dar, dass die Eigenkapitalquote der Stadt ca. 70 % betrage. Die Ergebnissrücklage liege Ende 2020 bei 320 Millionen Euro, der eine Bilanzsumme von 1,8 Milliarden Euro gegenüberstehe.

Oberbürgermeister Czisch unterstreicht, dass eine kommunale Bilanz nicht mit einer GmbH-Bilanz vergleichbar sei. Bei einer GmbH sei eine Eigenkapitalquote von 20 bis 30 % schon gut. Gerne nehme er die Anregung mit, im Hauptausschuss die städtische Bilanz auf Herz und Nieren zu überprüfen. Hierzu sei eine Klausur denkbar.

90 Millionen Euro Zuschüsse beziehen sich auf den Teil des Vermögens, das jährliche Zuschüsse brauche (z.B. Kindergärten, Schulen usw.). Es gebe Querverbindungen zwischen der Stadt und deren Gesellschaften.

Stadtrat Rivoir (SPD) betont, dass sich die Stadt Ulm sowohl ihre Schulden als auch ihr Vermögen leisten könne.

Oberbürgermeister Czisch bringt vor, dass in den letzten 20 bis 30 Jahren in Ulm eine solide Finanzpolitik gemacht worden sei. Ein großer Vorteil sei die sehr niedrige Arbeitslosenquote. Nötig sei eine Vorwärtsstrategie. Es tue weh, rechtzeitig Maß zu halten. Der Konzern Stadt investiere im Jahr 2022 333 Millionen Euro. Das sei ein kraftvoller Beweis in Zeiten, in denen andere tief in der Krise stecken. Es werde in politisch sehr relevante Bereiche investiert: Sanierung, Modernisierung, Wohnungsbau sowie Anschlag der Energie- und Mobilitätswende durch die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU).

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

V. Gesamthaushalt

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan) wird - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat mit den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung empfohlen.

VI. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2022

Weitergehende Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2022

Erster Bürgermeister Bendel stellt anhand einer Übersicht die weitergehenden Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2022 wie folgt vor:

Fachbereich Bildung und Soziales:

Antrag Nr. 125 der SPD und der CDU/UfA-Fraktion: Nutzungsentgelte für Sporthallen

Dieser Antrag sei mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Folgender Alternativvorschlag sei mit Stimmenmehrheit angenommen worden: Verschiebung der Maßnahme ins Haushaltsjahr 2023 und Prüfung von ggf. anderen Konsolidierungsvorschlägen als Kompensation.

Antrag der SPD-Fraktion:

Verschiebung der Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales ins Jahr 2023 und Neubewertung der Notwendigkeit der Konsolidierung im Zuge der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2023

Dieser Antrag sei mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Antrag: Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales Nummer 8: Betriebskostenzuschuss Träger, Erhöhung des Eigenanteils um ein Prozent

Umsetzung des Alternativvorschlags der freien Träger und Entfall der bisherigen Konsolidierungsmaßnahme Nummer 8.

Der Alternativvorschlag sei mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Die Betreuungs- und Randzeiten sowie die Betreuungsbausteine sollen entsprechend angepasst werden. Das sei verbunden mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung. Der Alternativvorschlag soll von der Verwaltung ausdetailliert und angepasst und mit allen kirchlichen und freien Trägern abgestimmt werden. Die Umsetzung erfolge ab dem Kindergartenjahr 09/2023.

Fachbereich Kultur

Es habe keine spezifischen Gemeinderatsanträge zum Haushalt gegeben. Der Ausschuss habe nochmals intensiv über die Sanierung des Museums beraten. Die Maßnahme werde am 15. Dezember 2021 in den Gemeinderat kommen. Die Folge sei, dass die Verschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung erhöht werden müsse. Die Verschiebung der Kornhaus-sanierung sei als Kompensation nicht geeignet, weil diese Maßnahme bereits verschoben worden sei. Andere Kompensationsvorschläge hätten keine Mehrheit gefunden.

**Antrag Nr. 128 der SPD-Fraktion:
Radwege in der Weststadt**

Die SPD-Fraktion erhalte eine schriftliche Antwort. Die Umsetzung der Maßnahme erfolge über das bestehende Budget, ggf. erfolge eine Umschichtung vom Finanz- in den Ergebnishaushalt.

**Antrag Nr. 145 der GRÜNE-Fraktion:
325 Euro Ticket**

Die GRÜNE-Fraktion erhalte eine schriftliche Antwort. Die Maßnahme sei bereits im Aufsichtsrat DING beschlossen worden. Man beteilige sich am entsprechenden Förderprogramm des Landes. Detailfragen würden auf der Ebene des Verbundes geklärt. Der Zeitpunkt der Umsetzung sei noch offen.

**Antrag Nr. 151 der GRÜNE-Fraktion:
Mehr Grün für die Stadt**

Mit Stimmenmehrheit sei beschlossen worden, dass das Budget im Jahr 2022 um weitere 150.000 Euro aufgestockt werden soll. Die Verwaltung könne nicht zusagen, dass das verdoppelte Budget (300.000 Euro) abgearbeitet werden könne.

**Antrag Nr. 152 der GRÜNE-Fraktion:
Einstein-Platz**

Die GRÜNE-Fraktion erhalte eine schriftliche Antwort. Bürgermeister von Winning habe zugesagt, dass eine Lösung in Zusammenarbeit mit dem Investor angestrebt werde.

**Antrag Nr. 153 der GRÜNE-Fraktion:
Personal Bautätigkeiten und Klimaschutz in der Hauptabteilung Stadtplanung,
Umwelt, Baurecht (SUB)**

Die Antragstellerin erhalte eine schriftliche Antwort. Dort sei kein zusätzliches Personal erforderlich. Die Verfahrenszeiten bei der Baurechtsbehörde seien in Ordnung.

**Antrag Nr. 155 der GRÜNE-Fraktion:
Taktverdichtung abends**

Die Antragstellerin erhalte eine schriftliche Antwort. Im Rahmen des weiteren ÖPNV-Ausbaus, auch im Rahmen des Handlungsprogrammes Mobilität und der ÖPNV-Strategie des Landes werde die weitere Taktverdichtung, auch abends, beraten. Das erfolge im Verbund mit dem DING und den anderen Akteuren.

**Antrag der CDU/UfA-Fraktion:
Konsolidierungsmaßnahme des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
Nummer 23: Reduzierung Öffentliches Grün**

Die Maßnahme werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2023 nochmals diskutiert.

Hauptausschuss

**Antrag Nummer 135 der GRÜNE-, FWG-, CDU/UfA- und SPD-Fraktion:
Aufstockung, Koordinierungsstelle "Jugend aktiv"**

Eine Beratung der personellen Kapazitäten erfolge im Rahmen der Evaluation und Beratung des Vielfaltskonzeptes.

**Antrag Nummer 154 der GRÜNE-Fraktion:
Marketing "Parken"**

Die Beratung erfolge im Rahmen des weiteren Prozesses zum Parkraumkonzept in der Innenstadt. Die Finanzierung erfolge ggf. über die vorhandenen Budgets.

Oberbürgermeister Czisch fragt, ob im Hauptausschuss über den Antrag Nr. 151 der GRÜNEN abgestimmt werden soll.

Stadtrat Eichhorn (FWG) macht deutlich, dass seine Fraktion gegen den Antrag gestimmt habe. Ihr fehle dafür jegliches Verständnis. Man mache zwei Tage lang Haushaltsplanberatungen, dann werde plötzlich ein Antrag gestellt und es werden willkürlich 150.000 Euro in den Raum gestellt. Seiner Meinung nach sollte dieser Antrag im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht werden.

Oberbürgermeister Czisch schlägt vor, dass über den Antrag Nr. 151 im Gemeinderat abgestimmt werden soll. Mit diesem Vorschlag ist der Hauptausschuss einverstanden.

Daraufhin werden die weitergehenden Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2022

- Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

Ergebnis:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2022 (GD 901/21) und den Stellenplan (GD 906/21) unter Berücksichtigung der Ergänzungsliste zum Stellenplan 2022 (GD 916/21) und den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a. Im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2022 Kredite zu den jeweils günstigsten Konditionen aufzunehmen.
- b. Für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2022 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigsten Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.
- c. Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen, zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD (Frau Yilan), OB/B, LI (3), ZSD/P, GPR, ZSD/HF, ZSD/SB, RPA, 902/07

Niederschrift über die Verhandlung
des Hauptausschusses
des Gemeinderats
vom 1. Dezember 2021

öffentlich

§ 376

Vorberatung des Entwurfs der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 - 2025

Beratungsgrundlage ist die

GD 902/21 (Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 - 2025), Investitionsprogramm

Die GD 902/21 bildet eine Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 18. November 2021, § 109.

Auf die Frage von Stadtrat Eichhorn (FWG), ob die 36 Millionen Euro zu dem Investitionsvolumen von 128 Millionen Euro dazukommen, bestätigt dies Erster Bürgermeister Bendel.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass bis 2025 jährlich Investitionen auf einem unrealistischen Niveau eingeplant seien. Er habe Zweifel, ob die Summe realisiert werden könne.

Stadtrat Eichhorn (FWG) spricht in diesem Zusammenhang auch die Mittel für die Bildungsoffensive an. Unklar sei, wie man den Investitionsstau auflösen könne.

Erster Bürgermeister Bendel bringt vor, dass nächstes Jahr die Investitionsstrategie fortgeschrieben werde. Gut sei der Gemeinderat darin, Zusätzliches reinzupacken, aber schlecht darin, Maßnahmen nach hinten zu schieben. Als Beispiele nennt er die Museumssanierung und die Sattlergasse. Dieses Thema werde einen weithin begleiten.

Oberbürgermeister Czisch spricht die Auswirkungen auf das Verfahren an. Maßnahmen werden häufig teurer als ursprünglich geplant. Er rechnet mit mehreren Maßnahmen und höheren Kosten, auch weil oft im Bestand saniert werde. Begonnene Maßnahmen werden in der Regel vollendet. Er befürchtet, dass die Verwaltung feststelle, dass mit der einen oder anderen Maßnahme nicht begonnen werden könne. Der Hauptausschuss/Gemeinderat müsse dann eine Entscheidung treffen, welche geplanten Maßnahmen tatsächlich begonnen werden können. Zunächst müssten Baumaßnahmen begonnen werden, zu denen es eine rechtliche Verpflichtung gebe. Ein weiteres Problem sei der Fachkräftemangel auf dem Bau. Die städtischen Beschäftigten dürften nicht überfordert werden. Man brauche ein Verfahren, wie man mit dieser Situation umgehe.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) signalisiert, dass die Botschaft der Verwaltung angekommen sei. Man könne es sich nicht leisten, die Zukunftsherausforderungen aus dem Blick eines Jahreshaushaltes zu erklären. Die Investitionsstrategie zeige die Herausforderungen der veralteten Infrastruktur. Es gebe überall einen Infrastrukturstau: Bei Brücken, Straßen, Schulen usw. Momentan liege man bei 270 Millionen Euro dringenden Sanierungskosten. Dann gebe es noch folgende Themen: Hochwasser, Starkregen, Kanalisation, Wohnungsbau und Digitalisierung. Man müsse sich aus der Logik eines Jahreshaushaltes verabschieden und klären, welche Aufgaben spannend und welche verpflichtend seien. Bei der Klimadiskussion gebe es drei bis vier Handlungsstränge. Das seien Infrastrukturentscheidungen, die erhebliche Folgekosten nach sich ziehen würden. Das seien immense Aufgabenpakete. Man müsse den Blick weiten.

Oberbürgermeister Czisch ist nicht der Ansicht, dass die ganze Infrastruktur marode sei. Das Kernproblem sei, dass man sich lösen müsse von der Frage, was man noch zusätzlich machen könnte. Es gebe bei der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) die Diskussion, welche Gasinfrastruktur wasserstofffähig sei. Bürgermeister Wetzig habe vor 15 Jahren einen Sanierungstau in Höhe von 100 Millionen Euro festgestellt. Heute seien auch die Standards höher, weshalb die momentane Summe viel höher liege.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) weist auf die Brückensanierungen hin, die dieses Jahr notwendig geworden sind.

Oberbürgermeister Czisch signalisiert, dass sich der Gemeinderat darauf einstellen müsse, dass unterjährig Entscheidungen über den Beginn von Maßnahmen getroffen werden müssen. Mit Stolz dürfe man auf 333 Millionen Euro Investitionen für 2022 blicken, ohne überbordende Verschuldung.

Anschließend dankt er allen, die es ermöglicht haben, wieder in der Donauhalle zu tagen.

(Beifall)

Daraufhin wird - Widerspruch wird nicht erhoben -

beschlossen.

beim Gemeinderat zu beantragen:

Den Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2021 - 2025 (GD 902/21) zu beschließen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD (Frau Yilan), OB/B, ZSD/P, ZSD/HF, ZSD/SB, RPA,
902/0